



Diana in der KITA Kunterbunt in Calau

Kinderarmut in Deutschland

Kinderarmut herrscht in Deutschland im doppelten Sinn: Während Deutschlands Anteil an Kindern und Jugendlichen auf einen traurigen Tiefpunkt sinkt, sind diese auch noch in erschreckendem Umfang arm. Das geht aus dem aktuellen Bericht "Wie leben Kinder in Deutschland?" des Statistischen Bundesamtes hervor. Danach lebten im Jahr 2010 nur noch rund 13,1 Millionen minderjährige Kin-

der in Deutschlands Haushalten. In keinem anderen Land Europas wachsen, gemessen an der Gesamtbevölkerung, so wenig Kinder und Jugendliche auf wie in Deutschland. Dazu gelten 15 Prozent der gut 13 Millionen Kinder und Jugendlichen als armutsgefährdet. Dies untermauert unsere Kritik am Handeln der Bundesregierung (z.B. beim sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket).

Sozial-ökologischer Wandel ist ein rotes Projekt!

Die Bundestagsfraktion traf sich zu ihrer jährlichen Sommerklausur, bei der die Frage des sozial-ökologischen Umbaus ein Schwerpunkt war. Fakt ist: Schleunigst muss ein Prozess der nachhaltigen Entwicklung beginnen, der aber die Interessen der kleinen Leute nicht vergessen darf, wie es auf Bundesebene stets der Fall war. Aus der Atomkraft auszusteigen ist richtig, dafür die Kosten allein den Verbraucher/innen aufzubürden ist falsch.

Wir sind davon überzeugt: Es braucht ein neues Wirtschaftsmodell, das Stabili-

tät, Gerechtigkeit und ökologische Grenzen miteinander verbindet. Ein Wirtschaftsmodell, das sich soziale und ökologische Nachhaltigkeit zum Ziel setzt und nicht Wachstum. Nur, wer auf mehr Gleichheit und Gerechtigkeit setzt, kann Mehrheiten zum Umbau befähigen. Je egalitärer die Gesellschaft, desto größer wird die Bereitschaft, sich aktiv und bejahend dem ökologischen Umbau zu stellen.

Mehr unter: <http://www.linksfraktion.de/clara/energiewende-starten-2011-06-30-1/oekologie-alle/>

Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 8

August 2011, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

unter dem Slogan "Zivilcourage vereint!" soll eine alte Tradition neu benannt und zukünftig unter diesem Motto fortgeführt werden: Antifaschismus europaweit praktizieren, etablieren, honorieren. Unser alljährliches Engagement, über einen antifaschistischen Wettbewerb und eine anschließende Bildungsreise junge Leute zum kreativen und intelligenten Widerstand gegen neofaschistische, rassistische und fremdenfeindliche Aktivitäten zu ermuntern und ihr bereits bestehendes Engagement zu würdigen, geht in seine 6. Runde. Es geht um ein Lernen aus der Vergangenheit für das heutige Engagement gegen den wieder erstarkenden Rechtsradikalismus. Wir wollen mit unseren Reisen an die Orte antifaschistischen Widerstandes junge Leute erleben lassen, wie Menschen in der Vergangenheit mutig und solidarisch unter Aufopferung ihres Lebens für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit eintraten. Ich unterstütze auch in diesem Jahr wieder dieses wichtige Projekt und würde mich über zahlreiche Wettbewerbsbeiträge Jugendlicher aus meinem Wahlkreis freuen. Viel Spaß beim Lesen!

Ihre, Diana Golze

Weitere Informationen unter:

www.zivilcourage-vereint.de oder www.diana-golze.de

Einsendeschluss ist der 8. Oktober 2011

Spruch des Monats

"Wenn die Banken, die sich um unser Geld kümmern sollen, uns das Geld wegnehmen, es verlieren und aufgrund staatlicher Garantien dafür nicht bestraft werden, passiert etwas Schlimmes."
Charles Moore



TERMINE

1.09., 10 Uhr
Kranzniederlegung, Brandenburg Nicolaiplatz

2.09., 9 bis 17 Uhr Tag des Ehrenamtes, Brandenburg, von Saldern-Gymnasium

4.09., 10 Uhr Brunch mit Alfredo Förster und Helmuth Markov, Brandenburg, Theaterklause

5.09., 10 Uhr Demo gegen geplante Sparmaßnahmen bei der Arbeitsmarktpolitik, Berlin, Brandenburger Tor

10.09., 14 bis 17 Uhr Familienfest der LINKEN, Brandenburg, Altstädtischer Markt

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung

Die Finanzkrise ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern auch eins für die Demokratie. Die Bundesregierung ist offenbar der Meinung, dass sie tun und lassen könne, wie es ihr beliebt. Das Parlament oder gar die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung spielen kaum noch eine Rolle. Das ist eine gefährliche Kombination.

Ob Studiengebühren, die Einführung der Hartz-Gesetzgebung, der Rente mit 67 oder Kriegseinsätze der Bundeswehr waren allesamt in Deutschland unpopulär und die Mehrheit der Bevölkerung ist dagegen. Dennoch peitschte jede regierende Partei, egal ob sie SPD, Grüne, CDU oder FDP heißt, die

Gesetze durch das Parlament. Die Finanzkrise oder der Panzerdeal mit Saudi-Arabien werden in dieser Tradition fröhlich am Parlament und erst Recht an der Bevölkerung vorbei entschieden. Das alles führt zu einer Ohnmachtssituation der Wähler, die resignierend dieses Trauerspiel mit ansehen müssen. DIE LINKE setzt sich deswegen dafür ein, dass die Bürger mehr an der Demokratie und ihren Entscheidungen beteiligt werden, um dieser Ohnmachtshaltung entgegen zu wirken. Ein wichtiges Instrument ist dafür die sogenannte Volksgesetzgebung, also die Zulassung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene.

Plastiktüte statt Ranzen und Zuckertüte zur Einschulung

Mit 70 Euro ist eine Einschulung nicht zu bewältigen, auch wenn die Bundesregierung dies für möglich hält und tausende Eltern mit einem unlösbaren Problem allein lässt. Während Kristina Schröder und Ursula von der Leyen im Urlaub verweilen, müssen Millionen Familien im Hartz IV-Bezug und Geringverdienende wieder gründlich nachrechnen und an anderer Stelle massiv sparen, um ihren Kindern einen würdigen Schulstart zu ermöglichen. Nur noch 70 Euro bekommen Kinder von Hartz IV-Empfängerinnen und Empfängern zum Schuljahresbeginn – auch die Schulanfänger. Doch insbesondere bei der Einschulung fallen schnell über 200 Euro an, nur um eine Grundausstattung mit Schulranzen, Sportsachen, Federmappe und Schreibmaterial zusammenzustellen. Davon wurde noch kein Schulbuch angeschafft, wie es in manchen Bundesländern verlangt wird. Das Kind hat noch keinen eigenen Arbeitsplatz zu Hause bzw. eine Möglichkeit seine Schulsachen

aufzubewahren und auch eine angemessene Einschulungsfeier hat noch nicht stattgefunden! Die Einführung des Bildungspaketes von der großen Koalition aus CDU, CSU, FDP und SPD erweist sich einmal mehr als schmerzliche Luftnummer. Mit den 70 Euro zum Schulstart von Ursula von der Leyen ersetzt die Plastiktüte Schulranzen und Zuckertüte.

Statt dieser Diskriminierung von Kindern endlich einmal wirkungsvoll den Riegel vorzuschieben, versteckt sich die Bundesregierung hinter ihren Berechnungen und behauptet, eine Deckung der erforderlichen Bedarfe für die Schule sei in jedem Falle sichergestellt, wie eine schriftliche Anfrage ergab. Das zeigt, wie weit weg die Regierung von der gesellschaftlichen Realität agiert. DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung, die Hartz-Sätze neu, bedarfsgerecht und am Lebensalltag der Kinder orientiert zu ermitteln und perspektivisch eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung einzuführen.

Gesundheit: Sozial Schwache sollen für höhere Arzthonorare aufkommen

Im Gesundheitsbereich drohen den Versicherten neue Belastungen. Der Entwurf der Bundesregierung für ein neues "Versorgungsstrukturgesetz" sieht deutliche Erhöhungen der Arzthonorare, vor allem im ländlichen Raum, vor. Bezahlen sollen dies alleine die Versicherten, denn es führt zu höheren Zusatzbeiträgen der Versicherten und somit zu einem höheren Sozialausgleich aus Steuer-

mitteln. Die dafür vorgesehenen Mittel sollen jedoch beschnitten werden. Die Arzthonorare würden so vor allem zulasten der sozial Schwächsten steigen. Das Vorgehen der Bundesregierung ist dreist und unverantwortlich. DIE LINKE will, dass die Zusatzbeiträge abgeschafft werden. Die Arbeitgeber müssen endlich wieder paritätisch an der Finanzierung der Gesundheitskosten beteiligt werden.

Finanzkrise und wie weiter?

Die Finanzkrise wird auch in den nächsten Monaten die Welt in Atem halten. Das Anliegen der LINKEN, eine Sondersitzung zum EU-Rettungsschirm im Bundestag zu beantragen, fand nicht die erforderliche parlamentarische Mehrheit von 33 Prozent der Abgeordneten. So kann die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Frau Merkel weiter am Parlament vorbeiherrschen und die SPD lässt sie willfährig gewähren.

Momentan hat außer der LINKEN keine andere Partei vernünftige Lösungsvorschläge. Die Bundesregierung plant kurzfristig von Rettungsschirm zu Rettungsschirm, anstatt sich an die Problemlösung zu machen. SPD und Grüne überlegen sich jeden Tag neu, ob sie für Eurobonds sind oder nicht. Aber auch Eurobonds sind nur ein Teil der Lösung. Hätten die andern Parteien im Bundestag nur einmal in den vergangenen Jahren unseren Gesetzesanträgen zu einer Finanztransaktionssteuer oder dem Verbot von Hedgefonds, die erst unter der Schröder-Fischer-Regierung eingeführt wurden, zugestimmt, wäre Deutschland in einer komfortablen Situation. Des weiteren benötigen wir eine Umverteilung der Vermögen um die Kosten der Finanzkrise stemmen zu können.

Und nun geben die Konservativen der LINKEN auch noch Recht. „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“. Autor: Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der FAZ, und wenn man so will ihr geistiger Wortführer in allen politischen Fragen. Wie gesagt, man traut seinen Augen nicht an diesem zweiten Wochenende des August 2011 und kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Wie der erste Satz sich schon liest: "Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik. So abgewirtschaftet sie schien, sie ist nicht nur wieder da, sie wird auch gebraucht." Und der konservative englische Journalist Charles Moore, Daily Telegraph, setzt noch eins drauf: "Wenn die Banken, die sich um unser Geld kümmern sollen, uns das Geld wegnehmen, es verlieren und aufgrund staatlicher Garantien dafür nicht bestraft werden, passiert etwas Schlimmes. Es zeigt sich – wie die Linke immer behauptet hat – dass ein System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert."